

# Fluglärmgegner lesen Koch die Leviten

Offener Brief an hessischen Ministerpräsidenten – Staatskanzlei verspricht Antwortschreiben

MAINZ. Ihrer tiefgreifenden Verärgerung über die zunehmende Fluglärmbelastung und den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens haben sich die „Initiativen Fluglärm in Mainz und Rheinhessen“ in einem offenen Brief an den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) Luft gemacht. Dass Koch die Bevölkerung im Nachbarland Rheinland-Pfalz, im Besonderen in der Region Mainz und Rheinhessen „gleichgültig ist“, hätten die Initiativen im Laufe des Genehmigungsprozesses zum Planfeststellungsbeschluss erfahren und begreifen gelernt.

„Der unaufhörliche tägliche Lärm über unseren Köpfen, der schon derzeit kein gutnachbarliches oder freundschaftliches Gespräch ermöglicht, der uns nachts nicht mehr schlafen lässt, erinnert uns ständig daran, wer der Hauptinitiator für diese Umweltkatastrophe ist. Ihr Ansehen, Herr Ministerpräsident, sinkt mit jedem Tag

Fluglärm weiter. Sechs Wochen litten wir im Mai und Juni Tag für Tag, Nacht für Nacht. Und nach Ihrem Ausbau werden wir auch noch bei anderen Windrichtungen die gleichen Störungen und Belästigungen unseres Daseins erleiden“, heißt es in dem Schreiben wörtlich.

Nachdrücklich wird der Hessische Ministerpräsident auch darauf hingewiesen: Die Fluglärmgegner fühlen sich durch das Jetgedröhne in ihrer durch das Grundgesetz (Artikel 4, Absatz 2) „gewährleisteten ungestörten Religionsausübung“ stark beeinträchtigt. Gottesdienste seien bereits durch Fluglärm so gestört worden, dass die Gebete oder die Ansprachen der Geistlichen nicht mehr wahrzunehmen gewesen seien. Auch Prozessionen oder Beerdigungen könnten aufgrund der Verlärmung am

Himmel „nicht mehr formgerecht stattfinden“. Es sei nicht nachvollziehbar, wie dies alles durch einen Vertreter einer Partei mit christlichem Selbstverständnis ermöglicht werde.

Schließlich prangern die Initiativen die vom möglichen Flughafenausbau ausgehende Signalwirkung an, auf die Betreiber anderer deutscher Flughäfen „gespannt schauen“. Der Brief schließt mit den Worten: „Ihre Rolle und Ihre Position beim Ausbau des Frankfurter Flughafens werden im Raum Mainz und in Rheinhessen wegen ihrer desaströsen Folge unvergessen bleiben.“

Die hessische Staatskanzlei in Wiesbaden bestätigte gestern den Eingang des Briefes. Das Schreiben sei jetzt in Bearbeitung. „Wer uns höflich schreibt, bekommt auch eine Antwort“, sagte ein Sprecher der Staatskanzlei. Wann die Initiativen in Mainz und Rheinhessen mit Kochs Reaktion rechnen können, ist noch offen.

## Heftige Kritik an Flugsicherung

Lärmgegner wenden sich auch an Berlin

mer. Fluglärmgegner aus den Stadtteilen protestieren weiterhin gegen die durch den Frankfurter Flughafen verursachten Belastungen für die Bewohner von Mainz mit Briefen an die Verantwortlichen. Heino Schwarz vom Arbeitskreis Fluglärm Hechtsheim übt harsche Kritik an der Deutschen Flugsicherung (DFS), die ein zunächst zugesagtes Gespräch kurzfristig wieder abgesagt habe. Der DFS-Geschäftsführer habe „seine Untergebenen zurückgepfiffen“ und es abgelehnt, an dem bestehenden Konzept der DFS Veränderungen vorzunehmen oder auch darüber nur zu sprechen. Schwarz spricht von einer „schallenden Ohrfeige“ der DFS für die betroffene Bevölkerung.

Dietrich Elsner vom Arbeitskreis Mainz-Lerchenberg hat in einem Brief an Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) darauf hingewiesen, dass sich mit dem „von Ihnen befürworteten Ausbau des Frankfurter Flughafens“ die Belastungen für Mainz aus

dem Anflug der Flugzeuge verdoppeln würde. „Die derzeit noch relativ ruhigen Zeiten bei Westwindbetrieb werden uns vollständig verloren gehen“, so Elsner. Das vom Bundesministerium angekündigte Flughafenkonzept trage „starke Züge des Masterplans der Initiative Luftverkehr – eines Zusammenschlusses der Unternehmen Fraport, Flughafen München, Lufthansa und DFS“. Der Verkehrsminister sei aber nicht „der Anwalt von ein paar Luftverkehrsunternehmen, sondern... des gesamten deutschen Volkes“.

Hartmut Rencker von der ÖDP Lerchenberg hat in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) darauf hingewiesen, dass sie sich zwar in einen Streit zwischen Deutschland und der Schweiz um die Fluglärmbelastung durch den Flughafen Zürich für die Bodensee-Anrainer eingeschaltet habe, zur ungleich höheren Belastung der Menschen im Rhein-Main-Gebiet aber keine Stellung beziehe.